Version gebildet:
- Beschlusstext Punkt 1 gestrichen

Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VIII/2024/00185**
Datum: 18.12.2024
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Bernstiel, Christoph
Plandatum:

Beratungsfolge	**Termin**	**Status**
Stadtrat	28.08.2024	öffentlich Entscheidung
Bildungsausschuss	08.10.2024	öffentlich Vorberatung
Kulturausschuss	03.12.2024	öffentlich Vorberatung
Jugendhilfeausschuss	10.10.2024	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung	15.10.2024	öffentlich Vorberatung
Sportausschuss	16.10.2024	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung	17.10.2024	öffentlich Vorberatung
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	17.10.2024	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	22.10.2024	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben	24.10.2024	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung	29.10.2024	öffentlich Vorberatung
Rechnungsprüfungsausschuss	28.11.2024	öffentlich Vorberatung

Hauptausschuss	11.12.2024	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	18.12.2024	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der CDU-Fraktion zur Aufhebung finanz- und personalaufwendiger Stadtratsbeschlüsse

Beschlussvorschlag:

Aufgrund bestehender Haushaltslage und zur Sicherung der zukünftigen finanziellen und personellen Handlungsfähigkeit hebt der Stadtrat folgende im Jahre 2024 getroffenen Beschlüsse auf:

1. ~~**Beschluss zur Aufstellung eines Kulturentwicklungsplanes (VII/2023/05683) vom 24.04.2024**~~

2. Beschuss zur Erarbeitung einer Engagementstrategie (VII/2024/07083) vom 29.05.2024

3. Beschluss zur Erarbeitung einer Transparenzsatzung (VII/2024/07084) vom 29.05.2024

4. Beschluss von Leitlinien für die informelle Bürgerbeteiligung (VII/2023/06596) vom 29.05.2024

gez. Christoph Bernstiel
Vorsitzender CDU-Fraktion

Begründung:

Am 20.06.24 verhängte Bürgermeister Geier eine Haushaltssperre. Zur Begründung dieses Eingriffs in den laufenden Haushaltsvollzug verwies er neben der insgesamt angespannten Haushaltslage auf die Folgen von kosten- und personalwirksamen Entscheidungen des Stadtrates. Eine besondere Rolle spielte dabei die wiederholte, mehrheitliche Ablehnung der Änderung der Kita-Kostenbeitragssatzung, die Bestandteil des mit dem Haushalt 2024 beschlossenen Konsolidierungsprogrammes ist. Zur Erzielung der erforderlichen Kosteneinsparung wurde in Höhe von 3,8 Mio. Euro für alle Geschäftsbereiche konkrete und pauschale Haushaltssperren verfügt.
Die so verfügten Haushaltssperre bedeuten auch, dass kosten- und personalaufwendige Beschlüsse, die der frühere Stadtrat aus dem Jahr 2024 im laufenden Jahr nicht umgesetzt werden können und damit zukünftige Entscheidungsspielräume des neu gewählten Stadtrates betreffen.
Neben der im Zusammenhang mit dem vom Bürgermeister eingelegten Widerspruch gegen die Ablehnung der Änderung der Kita-Kostenbeitragssatzung anstehenden erneuten Entscheidung zu den Kita-Gebühren sollte der Stadtrat bereit sein, auch weitere kosten- und personalträchtige Beschlüsse der Vergangenheit auf den Prüfstand zu stellen. Es geht darum, zukünftigen Gestaltungsspielraum zu sichern und die Erarbeitung eines

genehmigungsfähigen Haushaltes für 2025 zu ermöglichen.
Hierzu stellt die CDU-Fraktion vier Beschlüsse zur Disposition, die bereits bei ihrer Einbringung von der Verwaltung unter Verweis auf den damit verbundenen Aufwand abgelehnt oder kritisch bewertet wurden.